

DATENSCHUTZ- GRUNDVERORDNUNG

Kapitel 8

Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen

Kapitel 8 - Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen

- Haftung und Recht auf Schadenersatz
- Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen
- Sanktionen

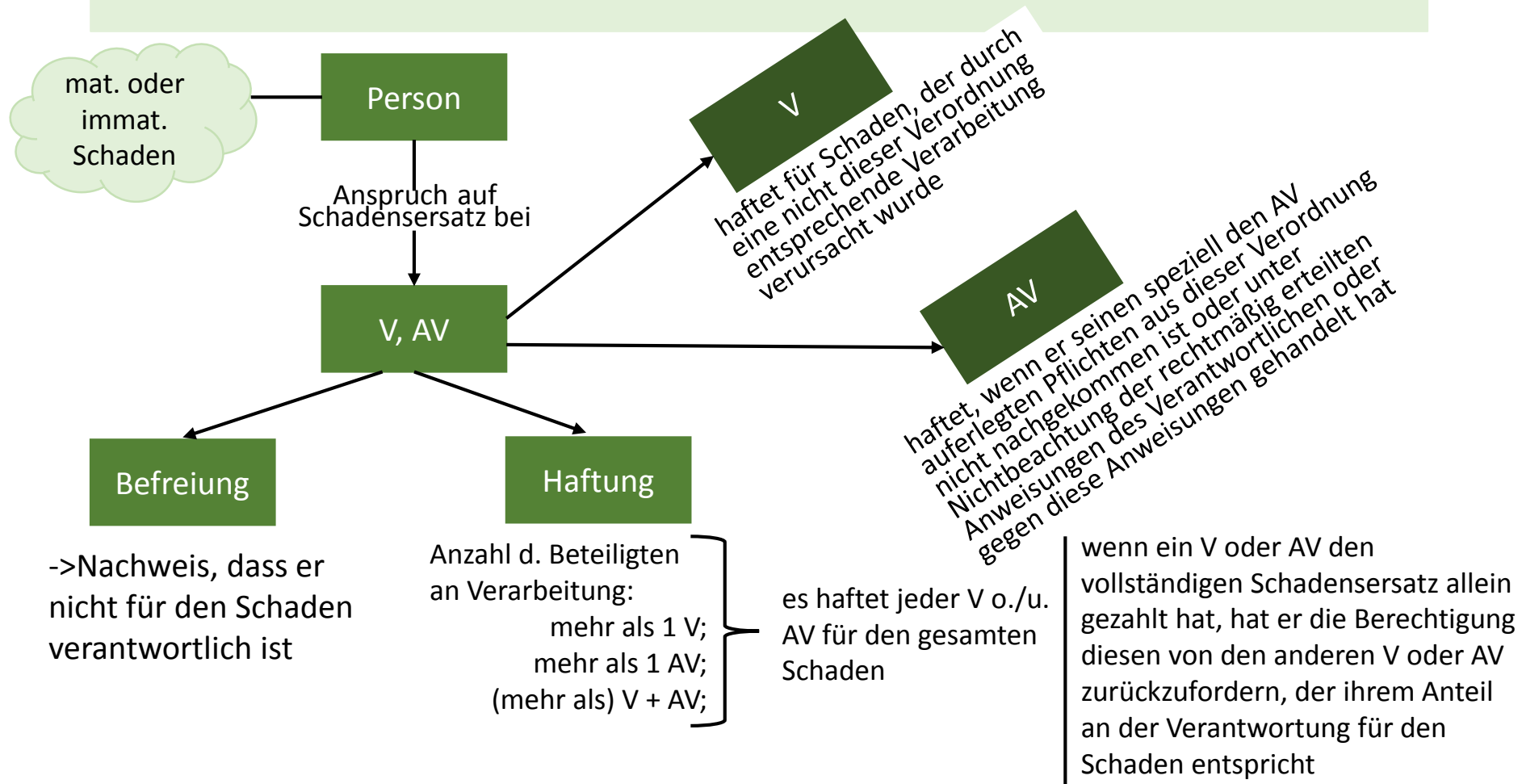
Haftung und Recht auf Schadenersatz

Jede Person, der wegen eines **Verstoßes** gegen diese Verordnung ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist, hat **Anspruch auf Schadenersatz gegen den Verantwortlichen oder gegen den Auftragsverarbeiter.**

Jeder an einer Verarbeitung beteiligte Verantwortliche **haftet für den Schaden**, der durch eine nicht dieser Verordnung entsprechende Verarbeitung verursacht wurde.

Ein Auftragsverarbeiter haftet für den durch eine Verarbeitung verursachten Schaden nur dann, wenn er seinen speziell den Auftragsverarbeitern **auferlegten Pflichten aus dieser Verordnung nicht nachgekommen** ist oder unter **Nichtbeachtung der rechtmäßig erteilten Anweisungen des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen** oder **gegen diese Anweisungen gehandelt** hat

Haftung und Recht auf Schadenersatz



Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

Bei der Entscheidung über die Verhängung einer Geldbuße und über deren Betrag wird in jedem Einzelfall Folgendes gebührend berücksichtigt:

- Art, Schwere und Dauer des Verstoßes unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs oder des Zwecks der betreffenden Verarbeitung sowie der Zahl der von der Verarbeitung betroffenen Personen und des Ausmaßes des von ihnen erlittenen Schadens
- Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit des Verstoßes
- jegliche von dem Verantwortlichen oder dem Auftragsverarbeiter getroffenen Maßnahmen zur Minderung des den betroffenen Personen entstandenen Schadens
- Grad der Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters unter Berücksichtigung der von ihnen gemäß den [Artikeln 25](#) und [32](#) getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen
- etwaige einschlägige frühere Verstöße des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters

Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

- Umfang der Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde, um dem Verstoß abzuhelpen und seine möglichen nachteiligen Auswirkungen zu mindern
- Art und Weise, wie der Verstoß der Aufsichtsbehörde bekannt wurde, insbesondere ob und gegebenenfalls in welchem Umfang der Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter den Verstoß mitgeteilt hat
- Einhaltung der nach [Artikel 58](#) Absatz 2 früher gegen den für den betreffenden Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter in Bezug auf denselben Gegenstand angeordneten Maßnahmen, wenn solche Maßnahmen angeordnet wurden
- Einhaltung von genehmigten Verhaltensregeln nach [Artikel 40](#) oder genehmigten Zertifizierungsverfahren nach [Artikel 42](#)
- jegliche anderen erschwerenden oder mildernden Umstände im jeweiligen Fall, wie unmittelbar oder mittelbar durch den Verstoß erlangte finanzielle Vorteile oder vermiedene Verluste

Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

Bei Verstößen gegen die **folgenden Bestimmungen** werden (im Einklang mit [vorigen Folien](#)) **Geldbußen** von bis zu **10 000 000 EUR** oder im Fall eines Unternehmens von bis zu **2 % seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs** verhängt, je nachdem, welcher der Beträge höher ist:

Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

- a) die Pflichten der Verantwortlichen und der Auftragsverarbeiter gemäß den Artikeln [8](#), [11](#), [25](#) bis [39](#), [42](#) und [43](#);
- b) die Pflichten der Zertifizierungsstelle gemäß den [Artikeln 42](#) und [43](#);
- c) die Pflichten der Überwachungsstelle gemäß [Artikel 41](#) Absatz 4

Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

Bei Verstößen gegen die **folgenden Bestimmungen** werden (im Einklang mit [vorigen Folien](#)) Geldbußen von bis zu **20 000 000 EUR** oder im Fall eines Unternehmens von bis zu **4 % seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs** verhängt, **je nachdem, welcher der Beträge höher ist:**

Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

- a) die Grundsätze für die Verarbeitung, einschließlich der Bedingungen für die Einwilligung, gemäß den Artikeln [5](#), [6](#), [7](#) und [9](#)
- b) die Rechte der betroffenen Person gemäß den [Artikeln 12](#) bis [22](#)
- c) die Übermittlung personenbezogener Daten an einen Empfänger in einem Drittland oder an eine internationale Organisation gemäß den [Artikeln 44](#) bis [49](#)
- d) alle Pflichten gemäß den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, die im Rahmen des [Kapitels IX](#) erlassen wurden
- e) Nichtbefolgung einer Anweisung oder einer vorübergehenden oder endgültigen Beschränkung oder Aussetzung der Datenübermittlung durch die Aufsichtsbehörde gemäß [Artikel 58](#) Absatz 2 oder Nichtgewährung des Zugangs unter Verstoß gegen [Artikel 58](#) Absatz 1

Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen

Bei Nichtbefolgung einer Anweisung der Aufsichtsbehörde gemäß [Artikel 58 Absatz 2](#) werden im Einklang mit [Absatz 2 des vorliegenden Artikels](#) Geldbußen von bis zu 20 000 000 EUR oder im Fall eines Unternehmens von bis zu 4 % seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs verhängt, je nachdem, welcher der Beträge höher ist.

Sanktionen

Die **Mitgliedstaaten legen die Vorschriften über andere Sanktionen für Verstöße** gegen diese Verordnung – insbesondere für Verstöße, die keiner Geldbuße gemäß [Artikel 83](#) unterliegen – fest und treffen alle zu deren Anwendung erforderlichen Maßnahmen. Diese Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

Sanktionen

laut BDSG:

Mit Freiheitsstrafe bis zu **drei Jahren** oder mit **Geldstrafe** wird bestraft, wer wissentlich nicht allgemein zugängliche pDaten einer großen Zahl von Personen, ohne hierzu berechtigt zu sein, einem Dritten übermittelt oder

- auf andere Art und Weise zugänglich macht
 - und hierbei gewerbsmäßig handelt
-

Mit Freiheitsstrafe bis zu **zwei Jahren** oder mit **Geldstrafe** wird bestraft, wer pDaten, die nicht allgemein zugänglich sind, ohne hierzu berechtigt zu sein, verarbeitet oder

- durch unrichtige Angaben erschleicht
- und hierbei gegen Entgelt oder in der Absicht handelt, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen